
Vorwort

Obwohl in den letzten Jahren die kritische Diagnose einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche in den Sozialwissenschaften ubiquitär wurde, ist das entsprechende Forschungsfeld durch eine große Heterogenität in theoretischer, konzeptioneller und methodischer Perspektive gekennzeichnet. Kritiker der Ökonomisierungsthese nutzen diese Heterogenität als Ausgangspunkt, um die empirische Validität der Diagnosen in Frage zu stellen. Verteidiger der Ökonomisierungsthese weisen angesichts der Kritik darauf hin, dass die normativen Implikationen einer zunehmenden Ökonomisierung des menschlichen Lebens gravierend wären – nicht zuletzt mit Blick auf grundlegende demokratische Werte. Damit kommt der Untersuchung der empirischen Relevanz der Ökonomisierungsthese für die Zukunft dieses Forschungsfeldes entscheidende Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund liegt dem Sammelband der Wunsch zugrunde, einen umfassenden und systematischen Überblick über Ökonomisierung und Ökonomisierungstendenzen in theoretischer, konzeptioneller, methodischer und empirischer Perspektive zu liefern.

Die These einer Ökonomisierung *aller* Lebensbereiche kann im Rahmen eines Sammelbandes nicht angemessen diskutiert werden. Daher ist der Fokus der hier versammelten Beiträge spezifischer: Im Kern steht die Analyse der Ökonomisierung der Politik im Sinne der Herstellung, öffentlichen Begründung und autoritativen Durchsetzung von kollektiv verbindlichen Entscheidungen. In den Blick kommen zentrale Politikfelder der deutschen Politik der letzten Jahrzehnte. Diese programmatische Entscheidung bietet einen Ankerpunkt für eine (zumindest in Ansätzen gegebene) Vergleichbarkeit der Befunde, vermittelt über unterschiedliche Politikfelder. Sie ist zugleich ein methodischer Kniff, um implizit die grundlegende These adressieren zu können, dass zunehmend mehr Sphären des menschlichen Lebens von Ökonomisierung betroffen sind. Denn analog zur Überlegung, dass im menschlichen Leben Bereiche existieren, die ökonomischer Logik näherstehen als andere, gilt, dass unterschiedliche Politikfelder a priori unterschiedliche Affinität für ökonomische Logiken besitzen.

Politik ist für David Easton die autoritative Allokation von *Werten, Normen* und *Ressourcen* unter der Bedingung der materiellen Knappheit: Ökonomisches Denken gehört überall dort konstitutiv zur Politik, wo Knappheit verwaltet wird.¹ Resultiert die Notwendigkeit für Politik also nicht maßgeblich aus der Knappheit von Gütern? Muss Politik daher nicht *immer* ökonomisch angeleitet, also nach Effizienzkriterien knappe Güter zuteilen? Die These der zunehmenden Ökonomisierung bedarf vor diesem Hintergrund einer dreifachen Spezifikation: Erstens gehen wir von einem mehrdimensionalen Verständnis von Ökonomisierung aus, dass u. a. zwischen tendenziell ökonomieaffinen und ökonomieaversen Politikfeldern sowie zwischen Ökonomisierung als Mittel zum Zweck im Sinne der Distribution knapper Ressourcen und Ökonomisierung als Selbstzweck differenziert. Ökonomisierung wird daher nicht nur als ein quantitatives Phänomen betrachtet, sondern auch als ein qualitatives.

Die Intensität und Bedeutung ökonomischer Logik variiert zudem zwischen unterschiedlichen Politikfeldern. So stand z. B. die Bildungs- oder Familienpolitik dieser Logik in der bundesdeutschen Geschichte ferner als die Wirtschaftspolitik, orientiert sich in ihren Instrumenten und Zielsetzungen heute jedoch zunehmend an Kriterien wie Effizienz und Wertschöpfung. Diese Überlegung kann man sich zunutze machen, um die These der zunehmenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche implizit zu thematisieren: Je stärker ökonomische Logik im Lauf der Zeit in zuvor nichtökonomisch geprägten Politikfeldern verfängt, desto deutungsmächtiger, einflussreicher oder machtvoller muss der Prozess der Ökonomisierung sein.

Zweitens gehen wir davon aus, dass Ökonomisierung als ein analytisches Konzept mit normativem Kontext spezifizierbar ist; analytisch insofern, als es eine Forschungsperspektive für spezifische empirische Analyseobjekte eröffnet. Die Notwendigkeit einer normativen Kontextualisierung resultiert aus der Tatsache, dass seine spezifische Bedeutung (und später auch: kritische Stoßrichtung) aus seiner ideenhistorischen und politischen Kontextualisierung resultiert. Hierfür greifen Lemke und Schaal in der theoretischen Einleitung des Bandes auf die aktuelle Postdemokratiedebatte zurück und verorten die Prozesse der Ökonomisierung im Bezugssystem des Neoliberalismus. Sie definieren Neoliberalismus als eine *politische Ideologie*, die konstitutiv eine ideative Dimension besitzt und sprachvermittelt individuelle wie kollektive Sinndeutungen unterbreitet, die – wenn sie von den Adressaten akzeptiert werden – weitreichende Handlungsorientierungen implizieren. Diese ideative Ebene des Neoliberalismus darf nicht unterschätzt werden.

¹ Rechte hingegen sind keine knappen Güter. Daher ist die Verleihung von Rechten ohne distributive Implikationen eine besondere Konstellation.

Besondere Relevanz gewinnt sie vor dem Hintergrund der Überlegung, dass Politik gegenüber den Bürgern immer argumentativ begründungspflichtig ist. Ökonomisierung bedeutet vor diesem Hintergrund nicht nur, dass die konkreten Politiken (das heißt die Policy-Outputs) ökonomischer, sondern auch, dass die Begründungen von Politiken selbst ökonomischer werden können.

Damit wird drittens eine ideenhistorische und realgeschichtliche Rekonstruktion des Neoliberalismus notwendig, um seinen Bedeutungsgehalt zu präzisieren. Erst vor diesem Hintergrund ist es möglich, das Besondere der Ökonomisierung der Politik in den letzten rund dreißig Jahren empirisch zu identifizieren und mit Hilfe verschiedener Methoden zu analysieren. In einem zweiten einleitenden Beitrag zeigen Ritzi und Dumm vor diesem Hintergrund auf, wie vielfältig die Forschungsdesigns zur Analyse von Ökonomisierungsprozessen sein können. Seine spezifische Bedeutung gewinnt das Konzept der Ökonomisierung jedoch stets im Kontext des ideologischen Neoliberalismus.

Die anschließenden Beiträge des Bandes fokussieren jeweils ein einzelnes Politikfeld. Dies impliziert eine Pluralität der jeweils eingesetzten konzeptionellen, methodischen und empirischen Ansätze, um die Ökonomisierungsprozesse auf den einzelnen Politikfeldern zu dokumentieren. Diese Heterogenität mag auf den ersten Blick als Schwäche erscheinen, bei genauerem Hinsehen stellt sie jedoch eine Stärke des vorliegenden Bandes dar: erstens, da die Heterogenität die Situation der aktuellen Forschungslandschaft angemessen widerspiegelt und keine künstliche Homogenität, z. B. durch konzeptionelle oder methodische Vorgaben seitens der Herausgeber, angestrebt wird. Die Stärken und die Defizite der gewählten Ansätze kommen so komparativ in den Blick. Zweitens kann vor dem Hintergrund der eingangs angesprochenen Kritik, welche die empirische Validität der Ökonomisierungsthese in Frage stellt, die konzeptionelle Heterogenität als weiterer Beleg für die These der zunehmenden Ökonomisierung des Politischen interpretiert werden: Ohne den differenziert analysierenden und argumentierenden Beiträgen Unrecht zu tun, kann grosso modo festgehalten werden, dass alle in diesem Band versammelten Beiträge Prozesse der Ökonomisierung in den jeweiligen Politikfeldern diagnostizieren. Dieses Ergebnis ist aufgrund der Pluralität der Analysemethoden sowie der Pluralität der theoretischen Rahmen kein Artefakt eines Untersuchungsdesigns. Vor dem Hintergrund der Kritik, dass viele Analysen von Ökonomisierungsprozessen *ideologisch imprägniert* seien, ist dies vielmehr ein wichtiges Datum.

Der Band möchte nicht nur einen Überblick über Ökonomisierung und Ökonomisierungstendenzen in theoretischer, methodischer und empirischer Perspektive liefern, sondern ein *konzeptionelles Angebot* unterbreiten. Eine Ergebnisbilanz der empirischen Analysen am Ende des Bandes zeigt, dass die Pluralität der Ansätze auf zwei Analysedimensionen abbildbar ist: einerseits jene Studien, in denen die substanziellen Policys der zentrale Gegenstand der Untersuchung sind, an-

dererseits jene, die eher die diskursive Vermittlung oder Rahmung von Policies betrachten. Beide Analysedimensionen sind – wie die Studien zeigen – angemessen, um Ökonomisierungsprozesse empirisch zu analysieren.

Diese Einsicht ist der Ausgangspunkt für unseren Versuch, ein Konzept der Ökonomisierung zu entwerfen, das *beide* Dimensionen berücksichtigt. Hierzu ist ein theoretisches Verständnis von Ökonomisierung notwendig, das beide Dimensionen adressiert, da die beiden Analysedimensionen *konstitutiv* aufeinander verweisen. Dieses konzeptionelle Angebot ist im theoretischen Kontext der Postdemokratie-/Neoliberalismusdebatte verortet, welcher zwar naheliegend, aber nicht zwingend ist, und entsprechend auch nicht von allen Beiträgen geteilt wird. Es ist mit diesem Beitrag nicht unser Ziel, eine Synthese aller Ansätze zur Erforschung von Ökonomisierung zu leisten. Stattdessen soll – weitaus bescheidener – *eine* theoretische und konzeptionelle Verbindung der in diesem Band genutzten Ansätze aufgezeigt werden.

Der vorliegende Band gliedert sich also in drei Teile: Der *erste Teil* versammelt zwei Beiträge, die die empirischen Studien von Ökonomisierungsprozessen des zweiten Teils in ideengeschichtlicher, theoretischer und methodischer Perspektive kontextualisieren, aber nicht autoritativ fundieren. Matthias Lemke und Gary S. Schaal rekonstruieren die ideengeschichtlichen und theoretischen Grundlagen des Neoliberalismus im Kontext der aktuellen Postdemokratietheorie. Sebastian Dumm und Claudia Ritzi präsentieren einen Überblick über die Methoden, mit denen in der empirischen Politikfeldforschung auch jenseits der in diesem Band versammelten Beiträge Ökonomisierungsprozesse analysiert werden.

Der *zweite Teil* bildet mit empirischen Analysen von Ökonomisierungsprozessen in verschiedenen Politikfeldern den Kern des Bandes. Um eine *komparative Perspektive* zu erleichtern, sind die Beiträge ähnlich strukturiert: Einem Abriss der zentralen ökonomistischen Entwicklungen innerhalb des jeweiligen Politikfeldes folgt eine detaillierte Analyse eines exemplarischen Ökonomisierungsprozesses. Das thematische Portfolio ist breit gefächert, zielt jedoch nicht auf enzyklopädische Inklusivität: Rolf G. Heinze und Katrin Schneiders analysieren die Intrusion von wirtschaftlichen Handlungsstilen in die *Sozialpolitik* und den sozialen Dienstleistungssektor. Dabei berücksichtigen sie neben Institutionen und Akteuren auch diskursive Verschiebungen. Andreas Blätte und Stephan Zitzler analysieren, inwiefern das Leitbild des „vorsorgenden Sozialstaats“ in der Programmatik der SPD ein Ausdruck von Ökonomisierung ist. Sie greifen dabei u. a. auf die Methode des Text-Mining zurück. Vanessa Kaufmann und Claudia Ritzi widmen sich der deutschen *Familienpolitik* und zeigen anhand einer Auswertung der Familienberichte der Bundesregierung, inwieweit sich der öffentliche Sprachgebrauch hinsichtlich des familienpolitischen Leitbildes gewandelt hat. Aus soziologisch-

marxistischer Perspektive untersuchen Ulrich Brinkmann und Oliver Nachtwey die *Arbeitsmarktpolitik*, wobei massive Flexibilisierungs- und Rekommodifizierungsphänomene innerhalb dieses Politikfeldes zum Vorschein kommen – bis hin zu einer potenziell sozialen destruktiven Wirkung der Reformen. Die *Stadtentwicklungspolitik* steht im Mittelpunkt des Beitrages von Uwe Altrock. Er beschreibt die vielschichtigen Interaktionsprozesse von staatlichen und privaten Akteuren bei der Ausgestaltung des öffentlichen Raumes. Ökonomisierungsprozesse finden hier, so seine Einschätzung, erst noch relativ zögerlich statt, werden sich aber künftig weiter ausdehnen. Klaus von Beyme analysiert die gegenwärtige *Kulturpolitik* und beklagt insbesondere, dass eine zunehmende Kommerzialisierung der Kultur – auch wenn diese noch nicht so weit gediehen sei wie etwa in der Bildungspolitik – deren kritisches Potenzial unterminiere. Die *Verkehrspolitik* betrachten Tim Engartner und Jochen Zimmer entlang wohlbekannter Beispiele: sei es die Privatisierung der Deutschen Bahn, der Lufthansa oder deutscher Autobahnabschnitte, in jedem Fall sei es, so ihre Einschätzung, zu gravierenden Qualitätseinbußen im Bahn- und Flug-, aber auch im Individualverkehr gekommen. Hans Graßl nimmt die *Bildungspolitik* in den Blick und kritisiert insbesondere den Mythos der modernen Leistungsgesellschaft und der ihr inhärenten Vorstellung von Chancengerechtigkeit. Ariane Neumann schließt den Reigen der empirischen Analysen mit einer Betrachtung der Ökonomisierungstendenzen in der *Wissenschaftspolitik*. Ihre Analyse des öffentlichen Wissenschaftssystems in Deutschland sieht, etwa angesichts einer immer weiter zunehmenden Wettbewerbs- und Leistungsorientierung, das humboldtsche Bildungsideal in Gefahr.

In einem kurzen Fazit wagen Gary S. Schaal, Matthias Lemke und Claudia Ritzki schließlich vor dem Hintergrund der Analysen des zweiten Teils abschließend eine Bestandsaufnahme der Ökonomisierungsforschung und skizzieren einen Ansatz für ein Ökonomisierungskonzept, das die substanzielle Policy-Forschung mit der ideativen Ebene verbindet. Mit diesem Ansatz bliebe die methodische und empirische Heterogenität der Policy-Forschung gewahrt und gleichzeitig ließe sich durch die systematische Erschließung der Ökonomisierungsdiskurse eine tragfähige Einschätzung formulieren, inwieweit ökonomische Logiken auf gesamtgesellschaftlicher Ebene hegemonial geworden sind.

Die Herausgeber möchten sich bei den Autorinnen und Autoren dieses Bandes herzlich für die Unterstützung dieses Projekts bedanken. Ihr Dank gilt auch Anja Borkam, die das Lektorat der Beiträge übernommen hat.

Hamburg, im März 2014

Gary S. Schaal
Matthias Lemke
Claudia Ritzki

Die Ökonomisierung der Politik in Deutschland

Eine vergleichende Politikfeldanalyse

Schaal, G.S.; Lemke, M.; Ritzi, C. (Hrsg.)

2014, XVI, 270 S. 5 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-02619-6